

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und soziale Bedingungen

Albert Scherr

Die Anschläge des Sommers 2000 und die erneute Zunahme der Straf- und Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund in diesem Jahr sind ein Hinweis darauf, dass es sich bei fremdenfeindlichen und rechtsextremen Tendenzen in Deutschland nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Vielmehr gibt es deutliche Anzeichen für eine hohe Stabilität entsprechender Meinungen und Einstellungen sowie für die Ausbreitung und Verfestigung rechtsextremer Gruppierungen und einer rechten Jugendkultur seit Beginn der 90er Jahre – bis hin zu einer lokalen Dominanz rechter Jugendszenen in einigen Regionen der neuen Bundesländer.¹ Eine neuere Repräsentativstudie stellt fest, dass für 13% aller Deutschen (12% aller Westdeutschen und 17% aller Ostdeutschen) von einem rechtsextremen Weltbild gesprochen werden muss (Stöss 2000, 38). „Nazis sind Pop“, so formuliert der Journalist Burkhard Schröder (2000) pointiert. Er weist damit darauf hin, dass auch die Vorstellung, Rechtsextremismus sei eine altbackene Ideologie für Unbelehrbare, längst nicht mehr zutreffend ist.

Zwar waren bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2001 keine erneuten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien zu verzeichnen. Dennoch aber besteht Handlungsbedarf im Sinne von politischen und pädagogischen Strategien, die dazu beitragen, eine weitere Stabilisierung und Ausbreitung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Orientierungen zu verhindern bzw. diese zurückzudrängen. Bezogen auf Jugendliche sind insbesondere die Jugendpolitik sowie die schulische und außerschulische Pädagogik aufgefordert, erneut in eine Auseinandersetzung über angemessene Vorgehensweisen einzutreten. Denn die in der ersten Hälfte der 90er Jahre entwickelten und realisierten Konzepte haben sich nicht als hinreichend erwiesen (s. dazu DJI 2000; Scherr 2001; Schubarth 2000).² Damit gewinnt auch die Frage nach den Ausprägungen, Gründen und Ursachen erneut Aktualität.

1. Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Die gängige Redeweise „der Rechtsextremismus“ legt die Vorstellung nahe, es handele sich um ein hinsichtlich seiner Erscheinungsformen und Ursachen homogenes Phänomen. Diese Vorstellung hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Vielmehr gilt es zu unterscheiden (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2000) zwischen

- mehr oder weniger latenten/manifesten bzw. instabilen/verfestigten fremdenfeindlichen, nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Meinungen, Einstellungen und Orientierungen;
- Ausprägungen eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes;
- dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus (Mitglieder rechtsextremer Parteien; Aktivisten; Stamm- und Protestwähler);
- anderen rechtsextremen Gruppierungen, insbesondere den sog. neonazistischen „Kameradschaften“;
- dem intellektuellen bzw. kulturellen Rechtsextremismus mit seinen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Publikationsorganen (Buchreihen, Zeitungen und Zeitschriften, Internetseiten);
- einer in sich differenzierten rechten jugendlichen Subkultur, die sich mehr oder weniger klar politisch verortet und eine mehr oder weniger deutlich ausgeprägte Gewaltbereitschaft aufweist;
- fremdenfeindlichen Gewalttaten, die z.T. ideologisch motiviert sind, z.T. aber auch Ausdruck generalisierter Gewaltbereitschaft sind (s. dazu Willems u.a. 1995).

Die Notwendigkeit differenzierter Betrachtungen ergibt sich auch daraus, dass die unter den Begriffen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zusammengefassten Phänomene keine einheitliche soziale Trägergruppe sowie unterscheidbare Ursachen und Entwicklungsdynamiken haben. So zeigt sich etwa, dass im weiteren Sinne rechte Einstellungspotentiale sich keineswegs direkt in parteipolitische Sympathien übersetzen. Auch sind nicht alle Jugendlichen, die sich als Skinheads darstellen und Gewaltbereitschaft vorzeigen, zugleich fremdenfeindlich und rechtsextrem.³ Zudem sind es zwar überwiegend Jugendliche, die als rechtsextreme Gewalttäter und Mitglieder subkultureller Szenen auffällig werden. Rechtsextreme Einstellungen finden sich aber stärker bei über 45 Jährigen als bei Jugendlichen (Stöss 2000, 33). Vergleiche von gewerkschaftlich organisierten mit unorganisierten Auszubildenden und jungen Facharbeitern kommen zu der tradierten politischen Erwartungen irritierenden Feststellung, dass die Gewerkschaftsmitglieder eine relativ stärkere Fremdenfeindlichkeit artikulieren.⁴ Und nicht der organisierte Rechtsextremismus, sondern die „ideologisch wenig gefestigte Subkultur“ stellt, so vermutet Wolfgang Benz (2001, 7), „die bedrohlichste Erscheinungsform des modernen Rechtsextremismus“ dar.

In Rechnung zu stellen ist also die interne Heterogenität der unterscheidbaren Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Auf Grundlage der verfügbaren Daten aus unterschiedlichen Studien können mit einiger Plausibilität zunächst folgende Größenordnungen angenommen werden:⁵

Einige Daten über Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Personen mit deutlich ausgeprägten fremdenfeindlichen Vorurteilen	Ca. 20-25% der Gesamtbevölkerung
Personen, denen es unangenehm wäre, einen Türken als Nachbarn/Familienmitglied zu haben	33% /54% der Gesamtbevölkerung (Alte Bundesländer 1996) 21%/24% aller Jugendlichen in Westdeutschland 35%/39% aller Jugendlichen in Ostdeutschland
Personen, denen es unangenehm wäre, einen Asylbewerber als Nachbarn/Familienmitglied zu haben	49% /61% der Gesamtbevölkerung 29%/30% aller Jugendlichen in Westdeutschland 37%/42% aller Jugendlichen in Ostdeutschland
Jugendliche, die den Ausländeranteil in Deutschland als „zu hoch“ bewerten	62%
Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild	1981: 13% 1999: 13%
Wahlerfolge rechtsextremer Parteien	6.2% Bremen 1991 6.3% Schleswig-Holstein. 1992 10.9% Baden-Württemberg 1992 9.1% Baden-Württemberg 1996 12.9% Sachsen-Anhalt 1998 5.3% Brandenburg 1999
Mitglieder rechtsextremer Parteien	ca. 37.000
Mitglieder neonazistischer Organisationen (Nationale Alternative usw.)	1991: 1 400 1999: 2 100
Informelle rechtsextreme Gruppierungen („Kameradschaften“)	1998: 80 1999: 150
Gewaltbereite Rechtsextremisten	1991: 4 200 1999: 9 000 2000: 9 700
davon Skinheads	85%
Polizeilich registrierte fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten ⁶	1991: 849 1993: 1 322 1995: 612 1999: 746 2000: 998

Quellen: Bundesamt für Verfassungsschutz 1998, 1999 und 2000; Ganter/Esser 1998; Kleinert 2000; Jugendwerk der deutschen Shell 2000; Sinus 1981; Statistisches Bundesamt 1997; Stöss 2000.

Die Frage nach den Ursachen des neueren Rechtsextremismus war und ist Anlass vielfältiger politischer und populärwissenschaftlicher Spekulationen, die von den Massenmedien bereitwillig aufgegriffen werden. Sozialwissenschaftlicher Forschung stellt sich demgegenüber die Aufgabe, theoretisch fundiert und empirisch genau die Bedingungen der unterschiedlichen Ausprägungen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu ermitteln. Diesbezüglich kann im Rückblick auf die 90er Jahre von einer Phase hoch intensiver und produktiver wissenschaftlicher Forschung und fachlicher Auseinandersetzungen gesprochen werden. Einige zentrale Ergebnisse werden im Weiteren zusammengefasst.⁷

2. Einwanderer und Asylsuchende als Sündenböcke des krisenhaften gesellschaftlichen Umbruchs

Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen waren in den alten Bundesländern schon zu Beginn der 80er Jahre bei mehr als 10% der westdeutschen Bevölkerung nachweisbar (s. Sinus 1981). Diese wurden zunächst jedoch nicht in spektakulärer Weise öffentlich sichtbar. In der ersten Hälfte der 80er Jahre beginnt sich jedoch in nahezu allen westeuropäischen Ländern allmählich eine extreme Rechte parteipolitisch zu formieren. Deren gemeinsamer Focus ist Beschwörung einer Gefährdung nationaler Identität und nationaler Interessen durch Einwanderung. Die extreme Rechte entwickelte sich seit den 80er Jahren europaweit „primär als Kampagne gegen Einwanderung“, so fasst Simon Epstein (1999, 15) seine Analyse zusammen. Ruud Koopmans (1999) weist nach, dass es in der Bundesrepublik überwiegend Asylbewerber waren, die massenmedial als Problemgruppe dargestellt und zum Objekt fremdenfeindlicher Aggression wurden. Im internationalen Vergleich zeigt sich weiter, dass rechtsextreme Tendenzen in den Ländern günstige Bedingungen vorfanden, in denen die Forderung nach einer kulturellen Anpassung von Einwanderern vorherrschend waren. Dagegen waren „Länder, die eine kulturell pluralistische Integrationspolitik betreiben ... relativ erfolgreich bei der Begrenzung rechtsextremer Tendenzen“ (Koopmans 2001, 25).

Mit diesen Bemerkungen ist zunächst angezeigt, dass jede Auseinandersetzung mit den gegenwärtig bedeutsamen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus davon auszugehen hat, dass diese auf Strukturprobleme der entwickelten (post-)industriellen Gesellschaften unter Bedingungen anhaltender Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig zunehmender Globalisierung von Ökonomie, Kommunikation und Politik reagieren:

- Die ausgeprägte Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen den entwickelten Gesellschaften Mitteleuropas (Ausmaß der relativen und absoluten Armut, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, Einhaltung der Menschenrechte usw.) einerseits, den süd- und osteuropäischen Staaten sowie den Ländern der sog. Dritten Welt andererseits veranlasst in Verbindung mit Kriegen und Bürgerkriegen sowie mit ökologischen Katastrophen in diesen unterschiedliche Migrationsbewegungen. Durch diese wird sichtbar, dass eine den Menschenrechten verpflichtete nationalstaatliche Politik in Zeiten der Globalisierung Einwanderung nicht umfassend kontrollieren kann.
- Nationalstaatliche Politik ist unter Bedingungen der Globalisierung nicht in der Lage, die Entwicklung der Ökonomie zu steuern und das Problem Massenarbeitslosigkeit zu lösen. In der Folge geraten die nationalen Wohlfahrtsstaaten unter Druck. Sie sind mit anhaltenden Finanzierungsproblemen konfrontiert, und auch innerhalb der entwickelten (post-)industriellen Gesellschaften gelingt es nicht, zunehmende soziale Ungleichheiten durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen zu überwinden.
- In dieser Situation bieten rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen Migranten, insbesondere Flüchtlinge als die sprichwörtlichen Sündenböcke an, denen die Schuld an den negativen Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung zugeschrieben und deren Bekämpfung und Vertreibung als Lösung angeboten wird.

Diese knappen Hinweise sind selbstverständlich noch keine hinreichende Erklärung des Aufstiegs der extremen Rechten und der Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt (vgl. dazu Loch/Heitmeyer 2001). Grob skizziert ist damit aber ein elementarer und im Zuge genauerer Betrachtungen nicht ignorierbarer Zusammenhang.

3. Anforderungen an sozialwissenschaftliche Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Sozialwissenschaftliche Betrachtungen stehen vor der Aufgabe zu klären, unter welchen Bedingungen und bei welchen sozialen Gruppen fremdenfeindliche und rechtsextreme Ideologeme, Gruppen und Organisationen Resonanz finden. Bezogen auf die oben genannten unterschiedlichen Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus kann dabei nicht unterstellt werden, dass diesen eine einzige und einheitliche Ursache zugrunde liegt. Sozialwissenschaftlich zu erforschen sind folglich die heterogenen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in ihren jeweiligen sozialen – sozialstrukturellen, milieuspezifischen, regionalen und lokalen – Kontexten, nicht „der Rechtsextremismus“ und seine vermeintlich singuläre Ursache.

Ein wichtiger Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung waren und sind weiter sozialpsychologische Studien. Diese zeigen – ausgehend von den klassischen Studien der Frankfurter Schule aus den 30er Jahren – Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitsmerkmalen mit individueller Vorurteilsbereitschaft und der Affinität zu rechtsextremen Orientierungen auf (s. als Überblick Güttler 1996, 67ff.). Dabei wird deutlich, dass autoritäre Dispositionen diesbezüglich auch gegenwärtig noch bedeutsam sind (s. Oesterreich 1993).

Ebenen sozialwissenschaftlicher Rechtsextremismusforschung

- Gesellschaftliche Strukturprobleme und krisenhafte Entwicklungen sowie ihre regionalen, altersgruppenbezogenen und schichtspezifischen Auswirkungen
- Im politischen und massenmedialen Diskurs verbreitete Deutungen der gesellschaftlichen Situation (z.B. Bedrohungsszenarien und Zukunftsängste)
- Gesellschaftlich zirkulierte Vorurteile und Feindbilder und ihre Verbreitung
- Ideologeme rechtsextremer Gruppierungen und Formen ihrer Verbreitung
- Soziale Lagen und sozialpsychologische Dispositionen der Aktivisten, Mitglieder und Sympathisanten
- Einbindungen rechter Szenen und Gruppen in sozialstrukturell, regional und lokal verankerte soziale Milieus
- Deutungs- und Handlungsmuster von sozialen Gruppen, Teil- und Subkulturen (einschließlich jugendkultureller Szenen und Stile)
- Geschlechtsbezogene Lebensentwürfe und Handlungsstile sowie ihre milieuspezifischen, teil- und subkulturellen Ausprägungen
- Individuelle Überzeugungen, Meinungen und Einstellungen und ihre Verbreitung

Die einschlägigen älteren und neueren sozialpsychologischen Untersuchungen und die Tragfähigkeit ihrer Aussagen sind hier nicht im Einzelnen zu diskutieren (vgl. Scherr 1996). Insgesamt ist gleichwohl festzuhalten, dass angemessene sozialwissenschaftliche Interpretationen das politische und soziale Denken und Handeln von

Individuen auch im Fall von Rechtsextremismus nicht hinreichend als einen direkten Effekt äußerer Lebensbedingungen (Einkommensverhältnisse, Arbeitsmarktsituation usw.), aber auch nicht als eine unmittelbare Folge psychischer Dispositionen fassen können. Denn Lebenslagen, sozialisatorische Prozesse und Persönlichkeitsmerkmale legen grundsätzlich nicht deterministisch fest, welche politischen Folgerungen man aus vergangenen und aktuellen Wahrnehmungen und Erfahrungen zieht. Deshalb ist es erforderlich, darüber hinaus sowohl die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen als auch den subjektiven Sinn rechtsextremer Orientierungen und Praktiken möglichst präzise zu untersuchen.

4. Ergebnisse der Ursachenforschung

Zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien haben in den 80er und 90er Jahren argumentiert, dass der neuere Rechtsextremismus auf einen „Extremismus der Mitte“ verweist (s. von Berg 2000; Silbermann/Hüser 1995; Vester 2000). Denn ein Kernelement des gegenwärtigen Rechtsextremismus, die Darstellung von Einwanderern als „gefährliche Fremde“, vor denen „wir“ uns schützen müssen, ist keineswegs ein Spezifikum der extremen Rechten, das diese von den etablierten politischen Parteien unterscheidet. Vielmehr waren und sind es auch die etablierten politischen Parteien, insbesondere die CDU und die SPD, sowie die Massenmedien, die zunächst im Kontext der Asyldebatte am Beginn der 90er Jahre, später in der Auseinandersetzung über sog. „Ausländerkriminalität“ und zuletzt mit der Beschwörung einer nationalen Leitkultur dazu beigetragen haben, dass eine Wahrnehmung von Einwanderern als bedrohliche Fremde zu einem Bestandteil der politischen Kultur wurde. Rechte Subkulturen und parteipolitischer Rechtsextremismus sind so betrachtet auch als Zuspitzung und Radikalisierung einer gesellschaftlich verbreiteten und weithin akzeptierten Fremdenfeindlichkeit zu analysieren. Thomas Ohlemacher (1999) hat diesbezüglich einen engen zeitlichen Zusammenhang zwischen der Darstellung von Migranten als Problemgruppe in den Massenmedien mit den Eskalationen fremdenfeindlicher Gewalt nachgewiesen.

4.1. Integration oder Desintegration als Ursache?

Das zu Beginn der 90er Jahre einflussreichste Deutungsangebot der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung stellt die individualisierungstheoretische Interpretation dar, wie sie v. a. von Wilhelm Heitmeyer (Heitmeyer 1987 und 1992) entwickelt wurde. Jugendlicher Rechtsextremismus wird hier wesentlich darauf zurückgeführt, dass Individualisierungsprozesse mit sozialen und biographischen Verunsicherungen einhergehen, die durch die Übernahme von „autoritär-nationalisierenden Orientierungsmustern“ (Heitmeyer 1987, 189) kompensiert werden können. Bereits die von Heitmeyer (1987) selbst durchgeführte empirische Studie führt zu einer expliziten Relativierung dieser Ausgangsthese. Festgestellt wird, dass auch Jugendliche, „die in sozial akzeptierten und von ihnen selbst als zufriedenstellend empfundenen Handlungsbedingungen und Interaktionskontexten leben“, mit rechtsextremen Orientierungen sympathisieren; es handele sich also nicht um eine „Son-

derform für Deprivierte“ (ebd., 189). Dennoch wurde die individualisierungstheoretische Deutung in den Medien breit rezipiert und in der jugendpolitischen und pädagogischen Diskussion in vielfältiger Weise aufgegriffen. Im Verlauf der fachwissenschaftlichen Diskussion hat sich jedoch gezeigt, dass Individualisierungstendenzen die Entstehung des jugendlichen Rechtsextremismus nicht angemessen und hinreichend erklären können. Denn es lässt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Individualisierungsphänomenen und Rechtsextremismus nachweisen. Individualisierungstendenzen sind bei rechten bzw. rechtsextremen Jugendlichen nicht stärker ausgeprägt als bei anderen politischen Teilgruppen der Jugend. Zudem sind erhebliche forschungsmethodische Probleme der Versuche aufgezeigt worden, die These, Individualisierung sei die zentrale Ursache von jugendlichem Rechtsextremismus, empirisch zu belegen (Scherr 1998; Wellenreuther 1997).

Ganz im Gegensatz zu der Annahme, dass rechtsorientierte Jugendliche vereinsamt, vereinzelt und orientierungslos seien, weisen Eckert, Willems und Würtz (1996, 155f.), v.a. auf der Grundlage einer Auswertung von Daten über polizeilich erfasste fremdenfeindliche Straftäter, darauf hin, dass jugendlicher Rechtsextremismus „in Zusammenhang mit der Integration Jugendlicher in lokale Milieus“ und darin verankerten ablehnenden Haltungen gegen die „kosmopolitische ‚Zumutung‘ von Zuwanderung“ (ebd., 157) zu sehen ist. Die Einschätzung, dass rechte Tendenzen bei Jugendlichen also nicht Folge von Desintegrationsprozessen sind, sondern auf die Integration in und weitreichende Übereinstimmungen mit dem jeweiligen Herkunftsmilieu verweisen, findet auch von zahlreichen Erfahrungsberichten milieukundiger Sozialpädagogen und Polizisten Bestätigung.

4.2. Rechtsextremismus und soziale Ungleichheiten

Darüber hinaus legt die Individualisierungstheorie ein Absehen von den Strukturen sozialer Ungleichheit nahe. Damit aber wird ein für ein angemessenes Verständnis des gegenwärtigen Rechtsextremismus zentraler Zusammenhang in den Hintergrund gedrängt. Demgegenüber weist Jaschke (1994, 181) darauf hin, dass der „Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Ethnisierung“ auf zentrale Entstehungsbedingungen des neueren Rechtsextremismus verweist (vgl. auch Hennig 1991 und 1997; Vester 1997 und 2000). Diese These gewinnt ihre Plausibilität nicht nur aus vorliegenden Daten über sozialstrukturelle Schwerpunkte rechter Orientierungen (s.u.). Zudem besteht ein Kernelement des gegenwärtigen Rechtsextremismus in der Vorstellung, dass es erlaubt und geboten sei, nach ethnischen und nationalen Kriterien unterschiedene Menschengruppen unter politischen, rechtlichen und moralischen Gesichtspunkten ungleich zu behandeln. Konstitutiv für rechte Orientierungen sind so betrachtet Versatzstücke von Ungleichheit rechtfertigenden Ideologien. Am Begriff des Rassismus orientierte Theorien (s. Memmi 1992) haben zudem wiederkehrend argumentiert, dass sich Fremdenfeindlichkeit insbesondere gegen solche Fremde richtet, die auf die unteren Positionen im Gefüge sozialer Ungleichheit verwiesen sind.

Begriffliche Klärungen

Die Unterscheidung von Eigenem und Fremdem ist ein fundamentales soziales Deutungsmuster, Abgrenzungen gegen die Fremden oder das Fremde gehen in Bestimmungen der eigenen individuellen und sozialen Identität ein. Es ist damit noch keineswegs festgelegt, welche sozialen Gruppen dabei jeweils als Fremde wahrgenommen werden und ob damit positive oder negative Bewertungen einhergehen. Formen der *Fremdenfeindlichkeit* liegen dann vor, wenn diejenigen, die jeweils als Fremde wahrgenommen werden, mit negativen Eigenschaftszuschreibungen belegt sowie als bedrohlich und/oder minderwertig dargestellt werden. *Rassismus* ist eine besondere Form von Fremdenfeindlichkeit. Der klassische Rassismus begründet die Behauptung der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen mit Annahmen über die biologisch festgelegten Unterschiede der Rassen. Im modernen *Kulturrassismus* tritt die Behauptung, dass Menschen durch die ungleichen und ungleichwertigen Kulturen geprägt sind, an die Stelle biologistischer Rassenlehren. In beiden Fällen wird postuliert, dass Konflikte zwischen den Rassen/Kulturen zu erwarten sind und eine Vermischung abzulehnen ist.

Fremdenfeindlichkeit ist ein Kernelement aller Formen des *Rechtsextremismus*. Darüber hinaus umfasst der Rechtsextremismus ein komplexes Syndrom von Einstellungen und Verhaltensweisen. Kernelemente dieses Syndroms sind die Forderungen nach einem starken Staat in Verbindung mit einer Kritik demokratischer Prinzipien sowie nach rassischer, kultureller und ethnischer Homogenität der Nationen. Diese verbinden sich mit Ideologien der Überlegenheit der Eigengruppe gegenüber Fremdgruppen, einer prinzipiellen Ablehnung der Annahme der Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen sowie der Betonung des Vorrangs von Staat und nationaler Gemeinschaft gegenüber den Interessen der Individuen. Der moderne Rechtsextremismus wendet sich insbesondere gegen die Vermischung der Kulturen in einer multikulturellen Gesellschaft, gegen die Öffnung nationaler Arbeitsmärkte und gegen die Rechte politischer Flüchtlinge.

4.3. Rechtsextremismus als antimodernistischer Protest

Rechtsextreme und rechtspopulistische Tendenzen haben eine Gemeinsamkeit in dem ideologisch aufgeladenen Versprechen, die als nationale Kultur- und Interessengemeinschaft angesprochenen Staatsbürger vor den vermeintlich bedrohlichen Folgen gesellschaftlicher Veränderungen zu schützen (vgl. Gessenharter 1998; Minkenberg 1998). Diese Beobachtung verschafft der Annahme Plausibilität, dass der neuere Rechtsextremismus als eine politische Reaktion auf als bedrohlich wahrgenommene gegenwärtige und erwartete künftige Folgen des Prozesses der gesellschaftlichen Modernisierung, insbesondere auf den Funktionswandel des Nationalstaates in Zeiten der Globalisierung sowie auf die Veränderung der Arbeitsmärkte und die Krise des Sozialstaates, zu begreifen ist. Der gegenwärtige Rechtsextremismus stellt sich so betrachtet als eine antimodernistische Bewegung dar, die bezogen auf verschiedene Aspekte des Prozesses der Modernisierung moderner Gesellschaften die Forderung etabliert, dass diese aufgehoben bzw. rückgängig gemacht werden sollen und können.

Eine solche Charakterisierung weist Übereinstimmungen mit Talcott Parsons' (1942/1964) Deutung der Entstehung des deutschen Nationalsozialismus auf. Parsons hat in seiner Analyse der gesellschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus dargelegt, dass dieser auf „weitverbreitete Unsicherheit“ (ebd., 273) reagierte, die durch die hohe Geschwindigkeit gesellschaftlicher Veränderungen begründet war, damit einhergehende Ängste politisch mobilisierte und gegen diejenigen gesellschaftlichen Gruppen wendete, die als verantwortlich für den als bedrohlich wahrgenommenen Wandel dargestellt wurden. Heute – so kann in Anschluss an Parsons argumentiert werden – sind es nicht mehr Juden und Kommunisten, sondern Aus-

länder, insbesondere Asylsuchende, die als Symbol für die bedrohlichen Aspekte der gesellschaftlichen Veränderungsdynamik eingesetzt werden.

Ein weiteres relevantes Indiz für diese These des antimodernistischen Protestes sind die Selbstinszenierungsformen rechter Jugendsubkulturen. Deren Symbolik lässt sich als eine demonstrative Ablehnung der Normen der modernisierten aufstiegsorientierten- und bildungsbürgerlichen Milieus interpretieren. Rechte Skinheads nehmen maximale Distanz ein zu all dem, was das aufgeklärte Bildungsbürgertum kennzeichnet (aggressive Körperlichkeit statt sprachlicher Konfliktregelung, Infragestellung moralischer Tabus, Ablehnung von Kleidungskonventionen usw.), und dies erklärt den eigentümlichen Provokationswert dieser jugendlichen Subkultur.

Modernisierung wird auch im Kontext des politisch organisierten Rechtsextremismus – vor allem unter folgenden Gesichtspunkten – als Bedrohung dargestellt: a) als Bedrohung durch Einwanderer, insbesondere Flüchtlinge, die als illegitime Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen dargestellt werden; b) als Bedrohung der nationalen Identität und der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft durch Einwanderer als Träger einer anderen Kultur; c) als Bedrohung der eigenen Sicherheit durch sog. „Ausländerkriminalität“; d) als Überlastung des Sozialstaates durch „Sozialschmarotzer“, die Ergebnisse der Leistungen anderer ausnutzen.

4.4. Jugendlicher Rechtsextremismus und die soziokulturelle Entfremdung der Modernisierungsverlierer

Zahlreiche empirische Studien der Meinungs- und Einstellungsforschung sowie Wahlanalysen haben aufgezeigt, dass rechte Orientierungen verstärkt bei denjenigen vorzufinden sind, die man mit einem unscharfen Terminus als Modernisierungsverlierer⁸ beschreiben kann. Vester (1997, 166) kommt zu dem Ergebnis, dass „der Kern feindseliger Einstellungen gegen Ausländer“ sozialstrukturell seinen Ort in den sozialen Milieus der Deklassierten und Neu-Deklassierten hat, denjenigen Milieus also, denen überwiegend Personen angehören, die von akademischer Bildung, qualifizierter und gut bezahlter Arbeit ausgeschlossen sind (vgl. Vester 2000). Eine neuere empirische Überprüfung von Thesen der Rechtsextremismusforschung (Seipel/Rippl 2000) weist nach, dass von allen empirischen Indikatoren „der formale Bildungsabschluss“ (ebd., 315) den stärksten Einfluss auf die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen hat. Deren Übernahme ist dann am wahrscheinlichsten, wenn sie niedrige formale Bildung mit dem Gefühl politischer Machtlosigkeit verbindet (ebd.).

Bezogen auf Jugendliche kann angenommen werden, dass das formale Bildungsniveau ein geeigneter Indikator für die Gruppe der Modernisierungsverlierer ist. Denn für Jugendliche wird die gesellschaftliche Modernisierung in gestiegenen Anforderungen an ihre formale Bildung und als Entwertung niederer formaler Bildungsabschlüsse sichtbar und stellt sich als Zwang dar, einen höheren Abschluss zu erwerben, wenn Chancen auf eine berufliche Karriere bestehen sollen.

Rechte und rechtsextreme Deutungsmuster gewinnen ihre Attraktivität für jugendliche Modernisierungsverlierer zum einen dadurch, dass sie ihnen eine Möglichkeit zur Artikulation der Ablehnung von Entwicklungen anbieten, die sie als Bedrohung bzw. Abwertung ihres sozialen Status bzw. als Gefährdung ihrer Lebensperspektiven wahrnehmen (s. 4.5.). Hinzu kommt das Versprechen, ihre Interessen gegen die-

jenigen zu schützen, die als illegitime Konkurrenten um Arbeitsplätze, Sozialleistungen und andere knappe Güter dargestellt werden. Wirksam werden hier unterscheidbare Konstruktionen derjenigen, die jeweils als illegitime Konkurrenten gelten (s. 4.6.).

4.5. Subkultureller Rechtsextremismus als Kritik der Modernisierung

Ein für das Verständnis rechter und rechtsextremer Jugendsubkulturen immer noch hoch relevantes Erklärungsmodell wurde schon in den 70er Jahren in den Studien des englischen Centre for Contemporary Cultural Studies entwickelt (s. Clarke u.a. 1979). Gegenstand der Untersuchungen war das Verhalten von Arbeiterjugendlichen in Schule und in der Freizeit sowie die Entstehung von Jugendsubkulturen, u.a. der Skinheads subkultur. Ausgangspunkt war die Frage, wie es den Arbeiterjugendlichen gelingt, den durch die Krise und den Umbau der Ökonomie verursachten gesellschaftlichen Niedergang ihrer Stammkultur, der englischen Industriearbeiterkultur, zu bewältigen. Das Interesse galt dabei insbesondere derjenigen Teilgruppe, die sich den Modernisierungszumutungen verweigert, also nicht darauf setzt, durch gute Qualifikationen Zugang zu einer Mittelschichtexistenz zu finden. Paul Willis hat in seiner klassischen Studie „Learning to labour“ (1977) herausgearbeitet, dass die oppositionellen Jugendlichen sich eine Gegenkultur schaffen, deren zentrales Merkmal die Ablehnung und Verachtung der Werte der Mittelschichtkultur ist. Als deren Kernelemente werden die Abwehr der Zumutungen und Anforderungen des Bildungssystems, ein positives Verhältnis zu körperlicher Arbeit und zu physischer Konfliktaustragung, Sexismus im Verhältnis zu Frauen und aggressiver Nationalismus im Verhältnis zu Ausländern analysiert. Die subkulturelle Identität der Arbeiterjugendlichen vollzieht eine Umwertung der Werte der gebildeten Mittelschichten, erklärt das zum positiven Wert, was diese verachten, worüber man selbst verfügen und worauf folglich als Mittel der Abgrenzung zurückgegriffen werden kann: Rohe und starke Körperlichkeit, Mut, Verachtung von Kopfarbeit und Intellektuellen, maskuliner Sexismus und Rassismus. Es handelt sich um einen soziokulturellen Protest von Modernisierungsverlierern gegen die Zumutungen der Moderne, d.h. gegen Anforderungen, die einem selbst als Verlierer definieren.

Nun kann man die Perspektive und die Ergebnisse der englischen Forschung der 70er Jahre zweifellos nicht unmittelbar für die Interpretation von Prozessen in der Bundesrepublik der 90er Jahre beanspruchen. Gleichwohl aber lassen sich deutliche Parallelen nachweisen (vgl. Bohnsack 1995): Auch in der Bundesrepublik der 90er Jahre findet ein Prozess der Deklassierung statt. Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Familien sind in der Bundesrepublik mit einer Situation konfrontiert, die ihnen mitteilt, dass Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen knapp und denen vorbehalten sind, die über gute formale Qualifikationen verfügen. In Reaktion darauf entwickeln sich maskulin dominierte Jugendkulturen, deren vorgezeigte Körperlichkeit und Gewaltbereitschaft, durch Kleidung und Haartracht demonstrierte Ablehnung der Normen der sozial Angepassten usw. sich gut als Abgrenzungen von der Mittelschichtkultur deuten lassen. Hinzu kommt, dass die Rolle des Beschützers, der in der Lage und bereit ist, die jeweilige Eigengruppe zur Not auch mittels Gewalt gegen Bedrohungen und gefährliche Fremde zu verteidigen, ein Element des tradierten Verständnisses von Männlichkeit ist. Jugendgruppen, die fremdenfeindliche Gewaltbe-

reitschaft vorzeigen, greifen dieses Definitionselement von Männlichkeit auf (vgl. Kersten 1994).

4.6. Wohlstandschauvinismus und Sozialparasitendiskurs als Hintergrundüberzeugungen

Fremdenfeindliche und rechtsextreme Sichtweisen sind für diejenigen, die von ihnen überzeugt sind, begründbare und legitime Deutungen und Bewertungen der sozialen Wirklichkeit – vom Sonderfall der bloß provokativen Verwendung einschlägiger Sprüche und Symbole abgesehen. Deshalb ist danach zu fragen, was jeweiligen Stereotypen, Vorteilen und Feindbildern Plausibilität verschafft. Hierfür ist es hilfreich, die zugrunde liegenden sozialen Deutungsmuster, d.h. hier: die unausgesprochenen Hintergrundüberzeugungen, zu analysieren.

Klär u. a. (1989) sprechen diesbezüglich von einem als „Wohlstandschauvinismus“ zu beschreibenden Syndrom, das an ein verbreitetes Verständnis des deutschen Staates als Interessengemeinschaft deutscher Staatsbürger anknüpft. Das Deutungsmuster *Wohlstandschauvinismus* ist charakterisiert durch den Glauben an das eigene, quasi natürliche Vorrecht als Deutscher auf Arbeitsplätze und Sozialleistungen in Deutschland, eine Grundüberzeugung, die die Diskriminierung von Einwanderern und Eingewanderten dann rechtfertigt, wenn diese als Gefährdung des eigenen Wohlstands wahrgenommen werden, und die sich zu einer aggressiven Fremdenfeindlichkeit zuspitzen kann. Trägergruppe dieses Wohlstandschauvinismus sind nicht primär die objektiv am stärksten Benachteiligten und Deklassierten, sondern überwiegend „ganz normale“, beruflich integrierte Jugendliche und Erwachsene (vgl. Bommers/Scherr 1992).

In einer eigenen qualitativen Untersuchung (s. Scherr 1995) wurde ein ähnliches Deutungsmuster erkennbar. Befragt wurden hier Auszubildende in einem Werk der Automobilindustrie. Diese Auszubildenden begründen ihre Sympathie für rechtsextreme Positionen in einer Weise, die man als „Sozialparasitendiskurs“ beschreiben kann. Grundlage ist hier die Vorstellung, dass nur diejenigen Leistungen in Anspruch nehmen dürfen, die durch eigene Arbeit selbst Leistungen erbringen. Die Befragten unterscheiden also nicht einfach zwischen Ausländern und Deutschen als ungleichen Menschengruppen, sondern zwischen denjenigen, die ihren Unterhalt durch Arbeit verdienen und denjenigen, die Trittbrettfahrer des Wohlstandes sind, den die erste Gruppe durch eigene Arbeit hervorbringt. Sie artikulieren vor diesem Hintergrund ihre Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation als Wut gegen „Asylanten“, weil sie subjektiv davon überzeugt sind und aus den Massenmedien gelernt haben, dass Flüchtlinge „Scheinasyllanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind, die nach Deutschland einreisen, um geschickt Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen und um hier ein gutes Leben zu führen. Sozialneid entsteht aus der Überzeugung, dass es den vermeintlichen „Wirtschaftsflüchtlingen“, anders als den Auszubildenden selbst, gelingt, sich den Zwängen der Arbeit zu entziehen. Ihre darin fundierte Empörung verbindet sich zwar mit einigen Elementen traditioneller nationalistischer und auch rassistischer Ideologien. Ihre Fremdenfeindlichkeit basiert jedoch im Kern auf einer arbeitsgesellschaftlichen Moral, die das Recht auf ein gutes Leben an die Bereitschaft zur Arbeit bindet und in „A-

sylanten“ – ganz im Unterschied zu den eigenen ausländischen Kollegen – ein „Objekt“ vorfindet, dessen Wahrnehmung als „Sozialparasiten“ in der politischen und massenmedialen Öffentlichkeit vorbereitet wurde.

Es handelt sich bei diesen Deutungsmustern also nicht um eine unspezifische und generalisierte Feindschaft gegen Ausländer bzw. um klassische, tradierte fremdenfeindliche Vorurteile und rassistische Überzeugen, sondern im Kern um eine subjektiv als rational und begründet erlebte Form der Deutungen eigener Erfahrungen und Wahrnehmungen, die es ermöglicht, Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation zur Sprache zu bringen.

5. Politische und pädagogische Interventionen

Aufgrund der Komplexität der Erscheinungsformen und der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind Interventionen auf verschiedenen Ebenen möglich und geboten. Die Ergebnisse der Forschung legen als eine erste praktische Konsequenz die Forderung nahe, dass im medialen und im politischen Diskurs von allen Akteuren alles zu vermeiden ist, was zur weiteren Verfestigung und Ausbreitung fremdenfeindlicher Stereotype, Vorurteile und Feinbilder beiträgt. Ohne Zweifel gilt es zweitens – auch unabhängig von der Frage, was dies direkt und indirekt zur „Bekämpfung“ von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus beiträgt – Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Jugendlichen bereit zu stellen. Besondere Anstrengungen erfordert dies im Fall formal gering Qualifizierter. Dies allein genügt aber keineswegs. Unverzichtbar ist drittens eine Qualifizierung der schulischen politischen Bildungsarbeit sowie ein Ausbau der außerschulischen politischen Bildung (s. Scherr 2001). Denn Jugendliche und Erwachsene müssen befähigt werden, rational auf die komplexen Bedingungen und die Umbrüche zu reagieren, auf die Stichworte wie „Globalisierung“, „Einwanderungsgesellschaft“ oder „multikulturelle Gesellschaft“ hinweisen. Bildung in der Wissens- und Informationsgesellschaft darf sich deshalb nicht auf unmittelbare arbeitsmarktbezogene Qualifizierung beschränken. Erforderlich ist viertens die Unterstützung demokratischer Jugendinitiativen, aber auch die zielgruppenbezogene Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendszenen. Zwar kann auch auf strafrechtliche Sanktionen, die die Grenzen des gesellschaftlich Akzeptierten markieren, nicht verzichtet werden. An den erzieherischen und abschreckenden Wirkungen des Strafrechts bestehen jedoch auch im Fall von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus begründete Zweifel.

Anmerkungen

- 1 Der diesbezügliche Kampfbegriff der rechten Szene lautet „national befreite Zonen“. Verlässliche empirische Studien über Größenordnungen und Ausbreitung existieren bislang nicht. Über die Situation Jugendlicher in den neuen Bundesländern in Hinblick auf die Verbreitung fremdenfeindlicher, antisemitischer und rechtsextremer Orientierungen informiert zuletzt die Studie von Sturzbecher (2001).
- 2 Am Deutschen Jugendinstitut Leipzig wurde inzwischen eine Forschungsstelle ‚Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit‘ eingerichtet, die vorliegende Interventionsansätze analysieren und dokumentieren soll.

- 3 Skinheads waren zunächst keine genuin politische Jugendsubkultur, sondern eine Subkultur englischer Arbeiterjugendlicher. Auch gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik rechte, linke und unpolitische Skinheads.
- 4 Dieses Ergebnis einer Studie von Infratest/Dimap führte zur Gründung einer Fachkommission im DGB; siehe dazu die Dokumente unter www.dgb.de
- 5 Oevermann (1998, 95) weist auf die Gefahr einer Überschätzung hin, die entsteht, wenn man Meinungsäußerungen in Befragungen unreflektiert als Indiz für verfestigte Überzeugungen interpretiert. Umgekehrt besteht aber auch das Problem einer möglichen Unterschätzung aufgrund eines Verschweigens und Verleugerns sozial unerwünschter Überzeugungen in Befragungen.
6. Diese Zahlen sind hoch umstritten und Probleme der Erfassung werden inzwischen auch vom Bundesinnenministerium eingeräumt. Die amtliche Statistik erfasste in den 90er Jahren 26 Todesopfer fremdenfeindlicher Gewalt; eine unabhängige Analyse der Zeitung Frankfurter Rundschau zählt dagegen 93 Todesopfer in diesem Zeitraum (s. Frankfurter Rundschau, 17.4.2001).
- 7 Dabei kann hier aus Umfangsgründen nur recht selektiv auf die einschlägige Fachliteratur verwiesen werden.
- 8 Der Begriff Modernisierungsverlierer bezeichnet die sozialen Gruppen, die sich als tatsächliche oder künftige Verlierer des gesellschaftlichen Wandels, insbesondere der Veränderungen der Arbeitsmärkte und des Bildungssystems, erleben.

Literatur

- Benz, W. (2001): Der Kulturkampf ist im Gange. In: Frankfurter Rundschau, 1.3.2001, S. 7
- von Berg, L. (2000) Politische Mitte und Rechtsextremismus. Opladen
- Bohnsack, R. (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeit und Gewalt in der Gruppe. Opladen
- Bommes, M., Scherr, A. (1992): : Rechtsextremismus: Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche. In: J. Mansel (Hg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim und München, S. 210-227
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzberichte 1997, 1998, 1999 und 2000 (www.verfassungsschutz.de)
- Clarke, J. u.a. (1979): Jugendkultur als Widerstand. Frankfurt
- DJI (Deutsches Jugendinstitut) (2000) (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Leipzig
- Eckert, R./Willems, H./Würtz, S. (1996): Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Falter u.a. a.a.O., S. 152-167
- Epstein, S. (1999): Extreme Right Electoral Upsurges in Western Europe: The 1984-1995 Wave as Compared with the Previous Ones. Jerusalem (The Hebrew University of Jerusalem). www6.huji.ac.il
- Falter, J. W./Jaschke, H.-G./Winkler, J. R. (Hg.) (1996): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen
- Ganter, S./Esser, H. (1998): Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Gessenharter, W. (1998): Die intellektuelle neue Rechte und die neue radikale Rechte in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10, S. 20-26.
- Güttler, P.O. (1996): Sozialpsychologie. München/Wien
- Heitmeyer, W. (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim und München
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim und München
- Hennig, E. (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Frankfurt 1991
- Hennig, E. (1997): Demokratieunzufriedenheit und Systemgefährdung. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt, S. 156-195.
- Jaschke, H.-G. (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Opladen
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (2000): Jugend 2000. Opladen
- Kersten, J. (1994): Männlichkeitsdarstellungen in Jugendgangs. In: H.-U. Otto/R. Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 227-236

- Klär, K.-H. (1989): Die Wähler der extremen Rechten. Bonn 1989
- Kleinert, C. (2000): Einstellungen gegenüber Migranten. In: Gille, M./Krüger, W. (Hg.): Unzufriedene Demokraten. DJI Jugendsurvey 2. Opladen, S. 355-394
- Klönne, A. (1994): Jugend und Rechtsextremismus. Kowalsky, W. & W. Schroeder (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen, S. 129-142
- Koopmans, R. (1999): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als einwanderungs- und ausländerpolitisches Problem. In: A. Grimm (Hg.): Rechtsextremismus. Loccum, S. 9-27 (Schriftenreihe der Evangelischen Akademie Loccum)
- Koopmans, R. (2001): Ethnische Konflikte. In: Wissenschaftszentrum Berlin, WZB Mitteilungen, H. 91, S. 23-25
- Loch, D./Heitmeyer, W. (2001): Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen. In: Diess, (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt, S. 11-40
- Memmi, A. (1992): Rassismus. Frankfurt
- Minkenber, M. (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen
- Oesterreich, D. (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim und München 1993
- Oevermann, U. (1998): Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. In: H.-D. König (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Frankfurt, S. 83-125
- Ohlemacher, T. (1999): Medien, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindliche Straftaten 1991-1997. In: Dünkel, F./Geng, B. (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn, S. 53-68
- Parsons, T. (1964): Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus. In: Ders.: Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied, S. 256-282
- Scherr, A. (1995): Soziale Identitäten Jugendlicher. Opladen
- Scherr, A. (1996): Zum Stand der Forschung über Jugend und Rechtsextremismus. Aus: Falter, J. W. & H.-G. Jaschke & J. R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen, S. 97-120.
- Scherr, A. (1998): Individualisierung und gesellschaftliche Desintegration. In: Gegenwartskunde, H. 2, 1998, S. 155-168
- Scherr, A. (2001): Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Schwalbach/Ts.
- Schröder, B. (2000): Nazis sind Pop. Berlin
- Schubarth, W. (2000): Pädagogische Konzepte als Teil von Strategien gegen Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39, S. 40-48
- Seipel, C./Rippel, S. (2000): Ansätze der Rechtsextremismusforschung – ein empirischer Theorienvergleich. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 20. Jg, H. 3, S. 303-318
- Silbermann, A./Hüßers, F. (1995): Der „normale“ Haß auf die Fremden. München
- Sinus-Institut (1981): „5 Millionen Deutsche: Wir wollen wieder einen Führer haben!“ Reinbek
- Statistisches Bundesamt (Hg) (1997): Datenreport 1997. Bonn
- Stöss, R. (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Sturzbecher, D. (Hg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituation und Delinquenz. Opladen
- Vester, M. (1997): Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration. Aus: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt 1997, S. 149-206
- Vester, M. (2000): Von der Integration zur sozialen Destabilisierung. In: Journal für Gewalt- und Konfliktforschung, 1. Jg., H.1, S. 4-27
- Wellenreuther, M.: Willkommen, Mr. Chance. In: Zeitschrift für Pädagogik, 43., Jg., Nr. 2, 1997, S. 321-332
- Willems, H./Eckert, R./Würtz, S./Steinmetz, L. (1993): Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Bonn
- Willis, P. (1997): Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt